

Niederschrift

über die **33. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**
(Sitzung Nr. 3/2015)
am Dienstag, 19.05.2015, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Sylvia Baumer
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Frau Karin Lühe von der
Herr Werner Popp
Frau Brigitte Beldermann
Herr Michael Baumer
Herr Sebastian Beetz
Herr Stefan Billing
Herr Reimund Butz
Frau Nina Daum
Herr Bernd Drescher
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Dr. Alexander Görlich
Herr Thomas Graf
Herr Ralph Hartung
Herr Stefan Junge
Herr Hidir Karademir
Herr Franz Keck
Herr Horst-Peter Knapp
Herr Armin Lauer
Frau Christiane Lotz
Herr Friedhelm Mersmann
Herr Dieter Rebel
Frau Mona Reusch

Frau Hannelore Röhrig
Herr Gerhard Schickel
Herr Peter Schröder
Herr Norbert Schultheis
Herr Michael Spieß
Herr Maximilian Steiger
Herr Hans Sulzmann
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Jochen Zeller
Frau Zahide Demiral
Herr Bernd Koop
Frau Susanne Morian
Herr Günter Bihn
Herr Thomas Mörsdorf

Vertr. für Herrn Karadeniz
Vertr. des Seniorenbeirats

Es fehlen:

Herr Sven Sulzmann
Frau Liane Burkhard
Herr Hans-Jürgen Daum
Frau Perihan Demirdöven
Herr Gerd Gries
Herr Tobias Kruger
Herr Karl Schäfer
Herr Herbert Schneider
Herr Jochen Weiland
Herr Engin Karadeniz

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

13

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 4 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler:
"Erarbeitung von Härtefallregelungen"
Vorlage: FFW/0067/15
- TOP 5 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler:
"Hebesatz Grundsteuer"
Vorlage: FFW/0068/15
- TOP 6 Umsetzung der Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes
(HessBGG) auf kommunaler Ebene - Anwendung des HessBGG in der Stadt
Rödermark
Vorlage: VO/0062/15
- TOP 7 Neuwahl/Wiederwahl von Ortsgerichtsschöffen der Ortsgerichte
Rödermark I (Ober-Roden) und Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0072/15
- TOP 8 Beschluss zur öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Träger
öffentlicher Belange, Bebauungsplanentwurf A 21.4 Industriegebiet
(Gewerbegebiet II), 4. Änderung
Vorlage: VO/0070/15
- TOP 9 Bebauungsplan A 30 "An der Eisenbahn"
Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegungen
eingegangenen Anregungen und Bedenken
Vorlage: VO/0080/15
- TOP 10 Bebauungsplan A 30 "An der Eisenbahn", Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/0081/15
- TOP 11 Aufstellungsbeschluss
Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich
des Festplatzes Ober-Roden, Bebauungsplanentwurf "An der Rodau"
Vorlage: VO/0076/15
- TOP 12 Antrag der Fraktion der Freien Wähler:
Städtebauliche Entwicklung für Gesellschaft und Wirtschaft
Vorlage: FWR/0085/15
- TOP 13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion:
Verkehrssituation Ortseinfahrten Messenhausen
Vorlage: SPD/0110/15
- TOP 14 Antrag der SPD-Fraktion:
Sicherung des Betreuungsangebotes an der Schule an den Linden
Vorlage: SPD/0084/15
- TOP 14.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen:
Sicherung des Betreuungsangebotes an der Schule an den Linden
Vorlage: CAL/0111/15

TOP 15 Antrag der FDP-Fraktion:
"Rekommunalisierung der Tagespflege - klare Strukturen schaffen!"
Vorlage: FDP/0089/15

Protokoll:

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

Im Ältestenrat wurden für die heutige Sitzung folgende Festlegungen getroffen:

- **TOP 6:** **Abstimmung soll unter TO A erfolgen.**
- **TOP 8:** **über diesen Tagesordnungspunkt soll ohne Aussprache abgestimmt werden.**
- **TOP 12, 14 und 15** **werden geschoben und bleiben im Geschäftsgang.**

Die Stadtverordnetenvorsteherin bittet um Einvernehmen den Tagesordnungspunkt unter TO A abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Nachdem Sie dies bejaht wurde, lässt sie über die Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 unter TO A abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: FDP

Genehmigung der letzten Niederschrift vom 24.03.2015

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass es keine Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gibt und diese somit als genehmigt gilt.

1. Mitteilung der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnetenvorsteherin teilt mit, dass es seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung folgende Geburtstage gab:

1. April Hidir Karademir (61)

4. April	Hans-Jürgen Daum (62)
5. April	Rüdiger Werner (45)
15. April	Hannelore Röhrig (66)
14. Mai	Dieter Rebel (55)

Im Namen aller Stadtverordneten gratuliert sie nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag!
Ebenso gratuliert Sie der Stadträtin Karin von der Lüche zu ihrer, am Tag der Stadtverordnetenversammlung stattfindenden, Silberhochzeit

Auf den Tischen ausgelegt finden die Stadtverordneten vor:

- Anfrage der FDP-Fraktion „Sauberkeit in Rödermark“
- Anfrage der FDP-Fraktion „Streik im öffentlichen Dienst“
- Austauschvorlage zu TOP 7 „Neuwahl/Wiederwahl von Ortsgerichtsschöffen der Ortsgerichte Rödermark I (Ober-Roden) und Rödermark II (Urberach)
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 13 „Verkehrssituation Ortseinfahrt Messenhausen“
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen zu TOP 14 „Sicherung des Betreuungsangebotes an der Schule an den Linden“

Des Weiteren wurde auf den Tischen ausgelegt:

- Die aktuelle Mandatsträgerliste
- Einladung zu den Herbstlehrgängen des Freiherr-vom-Stein-Institutes
- Ein Flyer zu den „Offenen Gärten 2015“

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann TOP 2 auf und erteilt Bürgermeister Kern das Wort.

zu 2 Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

**3.1 Anfrage der FDP-Fraktion
 betrifft: Sauberkeit in Rödermark**

**3.2 Anfrage der FDP-Fraktion
 betrifft: Streik im öffentlichen Dienst**

Bürgermeister Kern beantwortet beide Anfragen.

**zu 4 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler:
"Erarbeitung von Härtefallregelungen"
Vorlage: FFW/0067/15**

Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.

**zu 5 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler:
"Hebesatz Grundsteuer"
Vorlage: FFW/0068/15**

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Dr. Werner und den Stellungnahmen der Fraktionen sowie Bürgermeister Kern lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die jährlichen Einnahmen der Stadt Rödermark aus der Grundsteuer B bis einschließlich zum Jahr 2025 gedeckelt werden auf einen Betrag, der sich wie folgt errechnet:

100 v. H. d. Einnahmen aus der Grundsteuer B = A × B × C

A = Grundstückseinheitswert (Basisjahr Bescheid 2015)

B = Grundsteuermesszahl auf (Basisjahr ist Bescheid 2015)

C = Grundsteuerhebesatz B.

Der maximal mögliche Wert von C soll dabei 600 % betragen.

Verändern sich im Laufe eines Jahres die Faktoren A oder B, wird automatisch rückwirkend die Hebesatzsatzung so angepasst, dass die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer gleich bleiben.

Die Anpassung des Hebesatzsatzes der Grundsteuer B wird nach diesem Grundsatz bis zum Jahr 2025 durch Stadtverordnetenversammlung sichergestellt.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: FDP/FWR

Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen

Enthaltung: SPD

**zu 6 Umsetzung der Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes (HessBGG) auf kommunaler Ebene - Anwendung des HessBGG in der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0062/15**

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat und die Betriebskommission der Kommunalen Betriebe Rödermark, die jeweils gültigen Bestimmungen des Hessischen Behinderten-

Gleichstellungsgesetzes (HessBGG) bei den Dienststellen der Stadt Rödermark und dem Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: FDP

zu 7 Neuwahl/Wiederwahl von Ortsgerichtsschöffen der Ortsgerichte Rödermark I (Ober-Roden) und Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0072/15

Nachdem die Stadtverordnetenvorsteherin den Tagesordnungspunkt aufgerufen hat, verlässt die Stadtverordnete Mona Reusch wegen eines Widerstreits der Interessen (§ 25 HGO) den Sitzungssaal.

Im Anschluss erläutert die Stadtverordnetenvorsteherin die Sachverhalte, welche die Durchführung der Wiederwahlen und der Neuwahl im Bereich der Ortsgerichte veranlassen.

Die Neuwahl bzw. die Wiederwahlen der Ortsgerichtsschöffen sowie der stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher werden gemäß § 55 Abs. 1 HGO für jede zu besetzende Stelle in einem eigenen Wahlgang nach Stimmenmehrheit durchgeführt.

Da kein/e Stadtverordnete/r widerspricht, erfolgt die Wahl in offener Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Direktor des Amtsgerichts Langen die erneute Ernennung von Herrn Josef Schrod zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Rödermark I (Ober-Roden) sowie die erneute Ernennung von Herrn Erich Rosskopf zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher und von Herrn Andres Reusch zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Rödermark II (Urberach) vor. Des Weiteren wird die Ernennung von Herr Dieter Hüllmandel für das Ortsgericht Rödermark II (Urberach) als Ortsgerichtsschöffe vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnisse:

Ortsgericht Rödermark I

Josef Schrod – stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Ortsgericht Rödermark II

Erich Rosskopf – stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /

Enthaltung: /

Ortsgericht Rödermark II

Andreas Reusch – Ortsgerichtsschöffe

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

Ortsgericht Rödermark II

Dieter Hüllmandel – Ortsgerichtsschöffe

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

Nach Durchführung der Wahlen kehrt die Stadtverordnete Mona Reusch in den Sitzungssaal zurück.

zu 8 **Beschluss zur öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Bebauungsplanentwurf A 21.4 Industriegebiet (Gewerbegebiet II), 4. Änderung**
Vorlage: VO/0070/15

Die Beschlussfassung zu diesem TOP erfolgt ohne Aussprache.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Bebauungsplanentwurf A 21.4 „Industriegebiet (Gewerbegebiet II), 4.Änderung“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründungen gem. § 3 Abs. 2 des BauGB (Baugesetzbuch) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel I des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748) geändert worden ist.

Die öffentliche Auslegung erfolgt in der Zeit 8. Juni 2015 bis 10. Juli 2015.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgt im gleichen Zeitraum.

Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rödermark beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: FDP

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Tagesordnungspunkte **9** und **10** gemeinsam auf.

**zu 9 Bebauungsplan A 30 "An der Eisenbahn"
Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegungen
eingegangenen Anregungen und Bedenken
Vorlage: VO/0080/15**

Nach Erläuterungen durch Bürgermeister Kern nehmen einzelne Fraktionen zu dem geplanten Bauleitverfahren Stellung.
Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlagen des Magistrates wie folgt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark beschließt die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB jeweils i. V. m. § 13a BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen nach ausführlicher Beratung als Stellungnahme der Stadt Rödermark.

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die Träger öffentlicher Belange und die Behörden, welche Einwendungen und Anregungen zum Bebauungsplanverfahren vorgebracht haben, von diesem Ergebnis zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 10 Bebauungsplan A 30 "An der Eisenbahn", Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/0081/15**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan A 30 „An der Eisenbahn“ als Satzung. Der Bebauungsplan besteht aus Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründungen, schalltechnische Untersuchung und landschaftspflegerischer Fachbeitrag.

Grundlage dieses Beschlusses ist der Planstand vom 23.4.2015.

Der Magistrat wird beauftragt, die Rechtskraft des Bebauungsplanes durch entsprechende öffentliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses herzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 11

Aufstellungsbeschluss

Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Festplatzes Ober-Roden, Bebauungsplanentwurf "An der Rodau"

Vorlage: VO/0076/15

Nach der Begründung durch den Bürgermeister und den Stellungnahmen einzelner Fraktion lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage des Magistrates abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark beschließt:

- 1. die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel I des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748) geändert worden ist. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „An der Rodau“.**
- 2. Planziel des Bebauungsplanes „An der Rodau“ ist die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes (WA), einer Fläche für Gemeinbedarf, Zweckbestimmung: Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen; sowie von mehrfach gegliederten öffentlichen und privaten Grünflächen zur Neuordnung des Festplatzes und der Schaffung von Planungsrecht für die naturnahe Gestaltung der Rodau und der bestehenden Kleingärten.**
- 3. Die Stadt Rödermark stellt beim Regionalverband Frankfurt RheinMain einen Antrag auf Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes.**
- 4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 12

Antrag der Fraktion der Freien Wähler:

Städtebauliche Entwicklung für Gesellschaft und Wirtschaft

Vorlage: FWR/0085/15

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geschoben.

zu 13

Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Verkehrssituation Ortseinfahrten Messenhausen

Vorlage: SPD/0110/15

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion ersetzt den Ursprungsantrag (SPD/0083/15)

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und Stellungnahmen durch den Ersten Stadtrat Rotter sowie aller Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Die Verkehrssicherungsmaßnahmen (Betonkübel) in der Kapellenstraße im Stadtteil Messenhausen werden von der Kapelle in Richtung Ober-Roden zurückgenommen. Falls erforderlich, werden Mittelinseln und Zebrastreifen angelegt.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: SPD

Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen

Enthaltung: FDP, FWR

**zu 14 Antrag der SPD-Fraktion:
Sicherung des Betreuungsangebotes an der Schule an den Linden
Vorlage: SPD/0084/15**

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geschoben.

**zu 14.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen:
Sicherung des Betreuungsangebotes an der Schule an den Linden
Vorlage: CAL/0111/15**

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geschoben. (Er folgt dem Ursprungsantrag der SPD-Fraktion SPD/0084/15).

**zu 15 Antrag der FDP-Fraktion:
"Rekommunalisierung der Tagespflege - klare Strukturen schaffen!"
Vorlage: FDP/0089/15**

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geschoben.

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Brigitte Beldermann
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Yvonne van Baal